

Gottscheer Zeitung

Bezugspreise:

für Jugoslawien: ganzjährig 20 K, halbjährig 10 K.
für Österreich: ganzjährig 26 K, halbjährig 13 K.
für Amerika: 2.50 Doll. — Einzelne Nummern 70 h.

Gottschee, 10. Jänner 1920.

Briefe ohne Unterschrift werden nicht berücksichtigt. — Zuschriften werden nicht zurückgestellt. — Berichte sind zu senden an die Schriftleitung. — Postsp.-Nr. 10.975. Anzeigen-Aufnahme u. -Berechnung in der Buchdruckerei.

An unsere geehrten Abnehmer!

Infolge der neuerlichen Verteuerung des Papiers um 100 Prozent, des sonstigen Materials (Druckerschwärze usw.) um 1000 Prozent sowie wegen der bedeutenden Erhöhung der Druckkosten, die im übrigen nicht übermäßig gehalten, sondern durch die steigende allgemeine Teuerung bedingt sind, ist unserem Blatte eine mehr als 100-prozentige Erhöhung der Herstellungskosten erwachsen. Wir sind demnach gezwungen, vom 1. Jänner 1920 an die Bezugsgebühr der „Gottscheer Zeitung“ folgendermaßen zu erhöhen:

Für das Inland

ganzjährig K 20.—
halbjährig „ 10.—
vierteljährig „ 5.—

Für Deutschösterreich (wegen des Valutaunterschiedes)

ganzjährig K 26.—
halbjährig „ 13.—
vierteljährig „ 6.50

Die „Gottscheer Zeitung“ erscheint vom 1. Jänner 1920 an in größerem Format.

Der heutigen Nummer unseres Blattes sind für die Benützung im Inlande Erlagscheine der Postsparkasse beigelegt. Wir ersuchen dringend um freundliche Einsendung des Bezugsbetrages noch im Laufe dieses Monates, damit in der Zusendung des Blattes keine Verzögerung eintrete. Da wir wegen der großen Kosten des Papiers die Herstellung einer größeren Menge von nicht bestellten Stücken der Jänner-Nummern nicht riskieren können, müßte die Zusendung des Blattes sofort eingestellt werden, falls die Erneuerung der Bezugsgebühr nicht noch im Laufe dieses Monates geschieht.

Um den geehrten Abnehmern unseres Blattes in Deutschösterreich den Bezug desselben zu ermöglichen, haben wir vor, in Wien eine Zeitungsstelle zu errichten, und hoffen hierbei auf das freundliche Entgegenkommen und die gütige Mitwirkung unserer Landsleute dortselbst, sowie beim Werbegeschäfte für das heimatlische Organ auch auf die werktätige Mitarbeit der geehrten landsmannschaftlichen Gottscheer-Vereine in Wien, Graz, Klagenfurt usw. Wir streben an, die Sache derart zu regeln, daß die bei der Zeitungsstelle in Wien durch Postanweisung einzuzahlenden Bezugsgelder durch Vermittlung einer Bank an uns gelangen. Falls wegen Postsperrre oder aus anderen Gründen die Gründung einer Zeitungsstelle in Wien dormalen noch nicht möglich sein sollte, ließe sich die Sache auch so einrichten, daß die auswärtigen Abnehmer einen Verwandten oder Bekannten in der Heimat ersuchen, er möge

für sie einstweilen vorschußweise den Bezugsbetrag erlegen. Dies könnte auch gruppenweise bewerkstelligt werden.

Die „Gottscheer Zeitung“ ist gegenwärtig das einzige deutsche Blatt in Krain und im Süden. Ihr Fortbestand ist für unsere engere Heimat nicht nur eine Ehrensache, sondern auch ein dringendes, sozusagen unabweisliches Bedürfnis, da unsere Landsleute einzig und allein durch die „Gottscheer Zeitung“ über die Ereignisse in der Heimat unterrichtet werden und auch die Verordnungen und Verfügungen der Ämter und Behörden erfahren können. Wir hoffen demnach zuversichtlich, daß nicht nur alle alten Abnehmer unserem Blatte treu bleiben werden, sondern daß dasselbe in den Kreisen unserer Landsleute und der Freunde unserer Heimat noch weitere, ausgedehntere Verbreitung finden wird.

Die Verwaltung der „Gottscheer Zeitung.“

Kann der Bauer Sozialdemokrat sein?

Die Wahlen, welche im Frühjahr 1920 in ganz Jugoslawien stattfinden werden, bringen schon jetzt große Beweglichkeit unter die Sozialdemokraten, welche mit aller Kraft und Redebegier vorarbeiten wollen, damit ihre Vertreter als Abgeordnete in den jugoslawischen Reichsrat gewählt werden. Allein sind sie zu schwach, sie brauchen Hilfe. Die Bauern sollen ihnen dazu verhelfen mit ihren Stimmen. Unsere engeren Landsleute suchen sie auch dadurch zu gewinnen, daß sie die deutsche Sprache mehr gelten lassen als andere slowenische Kreise.

Die Sozialdemokraten halten in den Gemeinden des Gottscheerlandes Agitationsversammlungen ab, besonders unter den Schlagworten: die Freiheit ist in Gefahr! — und dem Bauer muß geholfen werden! Das ist aber reinster Bauernfang. Welche Freiheit ist in Gefahr? Die der Bauern? Ja! Aber nur durch die Sozialdemokratie selbst. Die Sozialdemokratie bekennet sich nämlich zu einem falschen Lehrsystem mit solchen Lehren und Grundsätzen, welche die wahre Freiheit vollständig vernichten müssen. Sie strebt einen Staat an, der das Privateigentum und den ganzen Privatbesitz aufheben und die Verteilung der Arbeit und der Güter allein vornehmen soll. Alles muß da gehorchen, jede Selbständigkeit hört auf, der Zwangsstaat befiehlt. Die Fleißigen werden arbeiten für die Faulen und die Mäßigen für die Schlemmer. Dann gilt nicht mehr das Wort der heiligen Schrift: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“, sondern es wird heißen: „Wer nicht arbeitet, soll trotzdem auch essen“.

Auch keine Verbrecher und keine Strafhäuser wird es mehr geben. Die Verbrecher werden als

sittlich „Kranke“ behandelt und in guten Versorgungshäusern untergebracht werden. Die Trägen werden aber auf Kosten der Fleißigen ernährt. Schließlich müssen so auch die Fleißigen träge werden und dann? . . .

Das ist die Entwicklung der Sozialdemokratie. Schöne Aussichten, das! Ganz zum Schluß wird aber, nachdem das irdische Paradies nicht gefunden ist, die uralte Ordnung wieder hergestellt. Es wird wieder Privateigentum geben; die Fleißigen und Sparsamen werden wieder besitzen, die Trägen werden aber arbeiten müssen, wenn sie werden essen wollen. — Für solche verrückten Ideen sollen die Bauern gewonnen werden? Da müßten sie doch vorerst ihren gesunden Hausverstand verlieren! Übrigens würden sie ohnehin nur ein Anhängsel bei den Sozialdemokraten sein. Wo bliebe da die Meinungs- und Standesfreiheit der Bauern? Unter der Kuratel der Sozialdemokratie müßte die Bauernfreiheit ganz und gar verloren gehen. Ist die Sozialdemokratie mit ihren revolutionären Ideen einmal in die ländlichen Bevölkerungskreise eingedrungen, dann werden auch die Tagelöhner den Achtstundentag mit dem vollen Lohne verlangen. Wie wird dann der Bauer bestehen können, der abhängig ist von der Länge des Tages und vom Wetter und der vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten muß?

Die Sozialdemokratie als Lehrsystem ist ebenfalls ganz gegen den Bauernstand. Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Breslau wurde im Protokolle klar ausgesprochen: „Die sozialdemokratische Partei hat nicht die Aufgabe, den Bauernstand zu schützen, es ist vielmehr im Interesse der Arbeiter gelegen, wenn der Bauernstand zugrunde geht.“ Der sozialdemokratische Führer Dr. Ellenbogen sprach in einer Arbeiterversammlung in Wien: „Wenn Sie mir sagen, in zwei Jahren wird die Bauernschaft kaput sein, so würde dies für mich die erfreulichste Aussicht sein“, und im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach er im Jahre 1901: „Wir vertreten hier nur die Interessen einer einzigen Klasse (nämlich der Industriearbeiter). Es ist auch unsere politische, wirtschaftliche und geschichtliche Überzeugung, daß es nicht möglich ist, die Interessen zweier Klassen (nämlich der sozialdemokratischen und der bauerlichen) zu vertreten.“ Also die Interessen der Sozialdemokratie sind denen des Bauernstandes ganz und gar entgegen und die Sozialdemokratie hat sich bisher immer und in allen Ländern als die größte Feindin des Bauernstandes erwiesen, sie wird jetzt auch im Gottscheerlande ihre Natur nicht ändern. Die gleichnerischen Redungen, mit denen sie vor den Wahlen auch die Bauern zu ködern sucht, sind nicht Liebe zu ihnen, sondern reiner Humbug.

Und wie hält es die Sozialdemokratie mit

der Religion? Um Unkundige einzufangen, sagt sie: „Religion ist Privatsache“. So sagt auch derjenige, der die Religion auch privat für sich selbst nicht übt und deren Übung auch bei anderen nicht gerne sieht. In Wirklichkeit will die Sozialdemokratie die Religion ganz beseitigen und aus der Welt schaffen. Seit Erschaffung der Menschen liegt das Böse mit dem Guten im Kampfe und es gibt eigentlich seit jeher immer nur zwei Heerlager und beide sind in ununterbrochenem Ringen miteinander, es ist die gläubige, christliche Weltanschauung und die heidnische Weltanschauung. Die Sozialdemokratie vertritt die heidnische Weltanschauung, den kraßesten Materialismus. Sie ist in ihrem Wesen absolut widerchristlich. Sie leugnet Gott, den Schöpfer und Lenker der Welt, und stellt sich gegen Jesus Christus, den Erlöser. Sie will Gott, Christentum und Kirche ganz aus der Welt schaffen. Bei ihr gilt kein Naturrecht und kein positives göttliches Recht, sie proklamiert nur Menschenrechte, Menschenrechte, die sich ohne Grundlage der Religion ändern müssen wie das Wetter. Der erste Sozialdemokrat war Luzifer, der Gott stürzen und sich über ihn erheben wollte.

Du siehst also, lieber Bauer, die Sozialdemokratie ist gegen den Bauernstand und gegen die Religion. Sie ist dir nicht zum Heile, sondern zum Verderben. Sich der Sozialdemokratie anschließen, hieße dem Bauernstande und der Religion untreu werden. Kann das ein vernünftiger Bauer wollen?

Nus Stadt und Land.

Gottschee. (Titelverleihungen.) Dem Hilfsämteroberdirektor Herrn Andreas Perz in Wien wurde der Titel eines Regierungsrates, den Professoren Herrn Oktavian Pfeiffer am Staatsgymnasium in Leoben und Martin Sebastian an der Ersten Staatsrealschule in Graz der Titel eines Schulrates verliehen.

— (Vom Gewerbeschuldienste.) Herr Professor Wilhelm Heine in Wien ist auch an der neuen deutschösterreichischen Gewerbeschule für Luftfahrwesen in Mauer mit 19 Lehrstunden beschäftigt. Außerdem ist er Prüfungskommissär einer genossenschaftlichen Meisterprüfungskommission und Mitglied der Lehrerkammer (als Vertreter der Lehr- und Versuchsanstalt für Korbflechterei, einer Zentralanstalt).

— (Volkswirtschaft in der Stadtpfarre Gottschee.) Im Jahre 1919 gab es in der Stadtpfarre Gottschee 107 Geburten (um 40 mehr als im Vorjahre), 64 Trauungen (um 43 mehr als im Vorjahre) und 73 Sterbefälle (um 45 weniger als im Vorjahre). Die Zahl der Trauungen war die höchste seit dem Bestande der Pfarre. Die Pfarrmatriken reichen in Gottschee bis zum letzten Drittel des 17. Jahrhunderts zurück, also im ganzen auf etwa 240 Jahre. In keinem dieser Jahre ist eine so große Anzahl von Trauungen verzeichnet wie im Jahre 1919.

— (Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Dezember 1919.) Den Angestellten der Gemeinde und des Wasser- und Elektrizitätswerkes wird die angesuchte Erhöhung der Tene rungszulage bewilligt. Dem Nachtwächter Matth. Furmann wird der Monatslohn auf 200 K erhöht. Zur Bewältigung der sich ständig mehrenden Amtsgeschäfte wird ein Aushilfsbeamter mit dem Jahresgehalte von 3600 K ab 1. Jänner bestellt. Den Josef Jonke Nr. 262 und Anton Lunder Nr. 279 wurde die Aufnahme in den Heimatsverband der Gemeinde Gottschee bewilligt. Die Gastgewerbe konzeptionsgesuche des Josef Verlan und Josef Seško (Branntweinschank) wurden wegen gedeckten Lokalbedarfes nicht befürwortet. Der Bedienerin im Armenhause Lena Rikel wird ab 1. Jänner der Monatslohn auf 15 K erhöht. Das Ansuchen der Kommission des Studienfondes der technischen Hochschule in Laibach um Beitrag konnte derzeit wegen ungünstiger Finanzlage der Gemeinde nicht berücksichtigt werden. Desgleichen wurde die Übernahme des Beitrages zur Bestreitung der Erfordernisse für den deutschen Kindergarten abgelehnt und die Unterbringung desselben im Gymnasialgebäude vorgesehen. Die Beheizung stellt die

Trifailer Gesellschaft bei, während für die Bestreitung der Reinigungs- und Bedienungskosten die Eltern der schulbesuchenden Kinder Beiträge zu leisten hätten. Die Stierwartekosten werden ab 1. Jänner dem Gebhard Zwidde auf 800 K erhöht. In den Ausschuss der gewerblichen Fortbildungsschule wird Herr Josef Dornig als Vertreter der Gemeinde entsendet. Zur Deckung der Betriebskosten des Wasser- und Elektrizitätswerkes wird die Erhöhung des Wasser- und Lichtstromzinses ab 1. Oktober 1919 um 150% beschlossen. Es beträgt demnach ab 1. Oktober 1919 der Lichtstrom pro Kilowatt K 2.70, der Wasserzins pro Jahr 20 K für jeden bewohnbaren Raum und das Industriewasser pro 1 m³ K 1.35. Das Erfordernis des Voranschlages für das Jahr 1920 beträgt 59.000 K, die Bedeckung K 13.209.24; der Abgang per K 45.790.71 ist zu decken durch die Einhebung der 5% igen Mietzinsauflage, durch die Brantweinauflage im bisherigen Ausmaße und durch eine 99% ige Gemeindevumlage von der Steuervorschreibung per K 39.462.10. Das Erfordernis der Stadt Gottschee beträgt K 12.749.05, die Bedeckung K 2720.20, der Abgang per K 10028.85 soll durch Einhebung der 15% igen Verzehrungssteueranfrage und der Bieranfrage per 80 h für den verbrauchten Hektoliter Bier gedeckt werden. Beide Auflagen dürfen nur im Gebiete der Stadt Gottschee eingehoben werden.

— (Silvesterfeier.) Wie so mancher festliche Abend, besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1919, fand auch die Schlussfeier des Jahres die Gottscheer einträchtig beisammen. Da leider die beiden größten Säle für deutsche Feste so gut wie versperrt sind, so wurde der Ausweg gefunden, den Silvester beim „Gruber“ zu feiern. Ueber 200 Gäste konnten Platz finden, während ein großer Teil wegen Platzmangels abziehen mußte. Die Fuldrede vor dem brennenden Christbaume hielt Herr Dr. Arko, worauf das stimmungsvolle Lied: „O Tannenbaum“ gesungen wurde. Eine Sängerriege brachte prächtige Chöre, Fräulein v. Fürer, sowie die Herren Hans Kresse und Vinzenz Verderber gelungene Couplets zum Vortrage. In der Jahreswende ergriff Herr Professor P. Jonke das Wort, warf einen Rückblick über vergangene Jahre und forderte zu Eintracht und Arbeit im neuen Jahre auf, die allein uns retten könnten. — Die Stimmung des Abends war vom ersten Augenblicke an glänzend und sollte jedenfalls dazu aneifern, die Geselligkeit besonders im heurigen kurzen Fasching nicht zu kurz kommen zu lassen.

— (Vom Wetter.) Wir haben heuer wieder keinen richtigen Winter, keine Winterlandschaft. Naßkalt, regnerisch, trüb, neblig — das ist der Charakter des Wetters. Kein kontinentaler (russischer) Winter, sondern Adriaregime. Auch der Jänner hat bisher seinem Rufe als Kältemonat keine Ehre gemacht. Wochenlang sieht man keinen Sonnenstrahl. Da müssen die bösen Rattarhazillen in der Luft geüben. Die Grippe fängt wieder an zu spuken, es sind schon mehrere Fälle zu verzeichnen.

— (Zur Valutafrage.) Nach einer Mitteilung des „Slovenski Narod“ (25. Dezember) hat sich die Kronenzirkulation infolge des Abzuges von zwanzig Prozent bei der Markierung der Kronennoten nicht um 20 Prozent vermindert. Die zurückgehaltenen Noten, schreibt das Blatt, sind zweifelsohne bereits markiert und werden bei der Auszahlung von Seiten des Staates in kürzester Zeit dem Verkehr wiedergegeben werden. Damit ist die Zirkulation der Kronennoten um nichts vermindert worden, sondern hat sich um die Bons, deren Höhe 20 Prozent beträgt, erhöht. Bestimmte, gut unterrichtete Kreise wissen das alles sehr gut. Daher rührt auch die unglaubliche Tatsache, daß die Markierung und die „Verminderung der Zirkulation“ der Krone den weiteren Sturz derselben sowohl gegenüber dem Dinar als auch gegenüber den fremden Valuten zur Folge hatte. Die Umwechslung der Kronen in Staatsdinars bedeute keine Valutareform, sondern eine Zwangsvermögensabgabe, die ausschließlich den Besitzer der Krone treffe. Am allerschlimmsten sei dabei der Umstand, daß diese Vermögensabgabe keineswegs eine dauernde Gesundung unserer Valuta zur Folge haben werde. Im Gegenteil werde jede Regierung infolge Nichtgenügens anderer Mittel neue Dinars drucken lassen und sie in den Verkehr bringen. Und wenn die bisherige Wirtschaft fortgesetzt werde, werden überhaupt so viele Staatsdinars wie heute Kronen im Verkehr sein und dann könne man mit einer neuen „Valutareform“ beginnen.

— (Todesfall.) Am 7. Jänner starb hier nach kurzem Leiden Frau Magdalena Kreiner geb. Stampfl, Realitätenbesitzerin in Gottschee, in ihrem 78. Lebensjahre. Sie ruhe in Frieden.

— (Dr. Tavčar über die Maßregeln gegen die Teuerung.) In seinem Neujahrsaufsatz im „Slovenski Narod“ schreibt Bürgermeister Dr. Tavčar u. a.: Wir wissen, daß unser Staat soviel Getreide und Fleisch hat, daß die Bevölkerung alles nach Bedarf und zu erträglichen Preisen haben könnte. Trotzdem wird das Getreide und das Fleisch uns an der Nase vorbeigeführt ins Ausland verschwinden, zu Hause aber werden wir Hunger leiden! Da muß die Regierung mit eiserner Faust eingreifen, weil sie allein einschneidende Schritte zu unternehmen vermag. Machen wir uns nur nicht viel Hoffnungen! Die Regierung mußte in dieser Hinsicht einen wohlüberlegten Plan vorbereiten und mußte denselben mit derselben Starrköpfigkeit ausführen wie jetzt Minister Veljovci seinen wenig überlegten Plan über die Valutaregulierung. Der Staat befindet sich in außerordentlichen Approvisionierungsbedürfnissen, und wenn sie auf andere Weise nicht abgestellt werden können, muß mit Ausnahmschritten vorgegangen werden. Jugoslawien ist heute in einer schlimmeren Lage als zur Zeit des Krieges. Der Freihandel muß auf jeden Fall und für alle Lebensbedürfnisse eingeschränkt werden, und wenn nichts anderes übrig bleibt, muß in allen Provinzen mit Requisitionen und Requisitionspreisen eingegriffen werden wie in der Tschechoslowakei und in der österr. Republik. Wenn die Wunde sich ohne das Messer nicht heilen läßt, muß mit dem Messer gearbeitet werden.

— (Die neue Wahlordnung.) Die Regierung trifft Vorbereitungen für die Wahlen in das Parlament. Als Grundlage für die neue Wahlordnung wird das serbische Wahlgesetz dienen. Die Wahlordnung wird im Wege eines Dekrets geschaffen werden. Es wird das allgemeine Wahlrecht mit dem Proporzsystem (Minderheitsvertretung nach dem System D' Houton) eingeführt werden. Jeder Staatsbürger, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, soll wahlberechtigt werden.

— (Die Gemeindevahlen verschoben.) Da die Wahlurnen und Wahlklügeln vor der zweiten Hälfte des Monats Februar nicht fertiggestellt werden können, werden die Gemeindevahlen nicht schon Ende Jänner stattfinden, wie dies ursprünglich gedacht war.

— (Entwurf für die neue Verfassung.) Das Ministerium hat beschlossen, einen eigenen Ausschuss für die Zusammenstellung eines Entwurfes der neuen Verfassung zu bilden. Zu diesem Ausschusse sollen alle politischen Parteien vertreten sein.

— (Einfuhr fremder Zeitungen.) Das Ministerium des Innern hat die Einfuhr ausländischer Zeitungen nunmehr gestattet, nur für Ungarn und Bulgarien nicht; für diese beiden Staaten bleibt das alte Verbot noch weiter in Geltung.

— (1920 das schlechteste Ernährungsjahr.) Das „Berliner Tagblatt“ bringt aus Basel folgende sehr betrieblende Meldung: Wie der parlamentarische Sekretär des englischen Ernährungsministeriums mitteilt, wird das Jahr 1920 für die Ernährung Europas das kritischste aller bisherigen Ernährungsperioden sein. Europa wird im neuen Jahre zwei Millionen Tonnen Lebensmittel zu wenig haben.

— (Das Spielen nationaler Hymnen) ist zufolge behördlicher Verordnung in Gast- und Kaffeehäusern sowie in anderen öffentlichen Lokalen streng verboten; es ist nur bei festlichen Anlässen und an einer solchen Stelle im Programme zulässig, wo das Publikum weiß, daß damit dem patriotischen Gefühle Ausdruck verliehen werden soll.

— (Haut- und Lederpreise.) Infolge Verordnung der Landesregierung für Slowenien (Amtsblatt 176) müssen die rohen Häute den Gerbern und Sammlern in absolut reinem Zustande (ohne Kopf, Schweifbein und irgend welche andere Fleischteile, vom Rote gereinigt) wie auch ohne irgend welche künstliche Beschönerung abgegeben werden. Für Rinds- und Kalbshäute werden 18 K für das kg als Höchstpreis festgesetzt. Im Kleinverkauf darf beim Leder zu den amtlich normierten Preisen ein 15% iger Zuschlag gemacht werden. Nach Einbeziehung dieser 15 Prozent stellen sich die Lederpreise im Kleinverkauf für das Kilogramm wie folgt: Vaches- und Rindbrannsohlen in halber Haut K 80.96; Kroupen oder Kernleder sohlen K 96.60; III Satz Kernleder K 106.26; Röpfe und

Abfalleber III Satz K 55.66; Oberleder (Rind) braun in halber Haut K 87.40; Pittlinge (Rind) schwarz, in halber Haut K 100.05; Pittlinge (Rind) braun, in halber Haut K 109.25; Kalbfelle, braun, in halben Fellen K 134.55, zweite Sorte um 5 Prozent, dritte Sorte um 10 Prozent billiger. Übertretungen dieser Verordnung werden mit Beschlagnahme der Ware, mit Geldstrafe bis zu 20.000 K und Arrest von 5 Monaten bestraft.

— (Gegen den Alkoholmißbrauch.) Nach einer nunmehr erlassenen behördlichen Verordnung ist der Ausschank stark alkoholischer Getränke (Braunwein usw.) in der Zeit von Samstag 6 Uhr abends bis Montag 11 Uhr vormittags in allen Restaurationen, Gast- und Kaffeehäusern usw. verboten. Motorischen Trinkern darf überhaupt kein Alkohol verabreicht werden. Bei Trunkenheit solcher Personen werden sowohl diese als auch der Eigentümer des Lokales bestraft. Wer öffentlich betrunken angetroffen wird, wird bestraft. Personen unter 16 Jahren dürfen in öffentlichen Lokalen überhaupt keine alkoholischen Getränke verabreicht werden, auch dann nicht, wenn sie sich in Gesellschaft oder Begleitung Erwachsener befinden. Minderjährige dürfen öffentliche Lokale überhaupt nur in Begleitung Erwachsener besuchen. Überschreitungen dieser Vorschriften werden das erste Mal mit 100—500 Kronen bestraft, das zweite Mal mit Geldstrafen bis zu 1000 Kronen (Gast und Gastwirt). Der dritte Fall von Rückfälligkeit wird mit der Entziehung der Konzession bestraft.

— (Neue Vorschriften über Jagdgewehre, Jagdmunition usw.) Kürzlich sind neue, umfassende behördliche Vorschriften über den Verkauf von Jagdgewehren und Jagdmunition, über den Ankauf von Pulver und Sprengmunition, ferner Weisungen für die Beschaffung von Waffen und Munition sowie über die Einhebung der Taxen für die Bewilligung zum Verkauf und zur Beschaffung von Waffen und Munition herausgegeben worden. Für die Bewilligung des Verkaufes von Jagdgewehren und Jagdmunition sind folgende Taxen zu entrichten: Am Sitz eines Komitates (Distriktes) 20 Dinar, am Sitz der Bezirksbehörden 10 Dinar, in anderen Städten und Märkten 6 Dinar, in den Dörfern 2 Dinar. Für die Bewilligung zur Beschaffung von Jagdgewehren und anderen nichtmilitärischen Waffen wird eine Taxe von 2 Dinar eingehoben. Außerdem ist für jedes Gesuch, mag es sich um den Verkauf oder um die Beschaffung von Waffen und Munition handeln, noch eine besondere Taxe zu entrichten, die für Slowenien auf 2 K festgesetzt wird.

— (Ausfuhrzölle.) Das bisherige System der Ausfuhrbewilligungen wurde durch eine Freiliste und durch Ausfuhrzölle auf Holz, Vieh und Getreide ersetzt. Die Freiliste umfaßt unter anderem: Obst, Wein, Fische, Mineralwässer, Konserven, Marmeladen, dann Rohwaren und von Mineralprodukten Magnesit, Kreide und Zement. Die Holzausfuhr unterliegt Ausfuhrzöllen, je nach der Qualität zwischen 2.50 und 16 Dinar pro 100 Kilogramm. Getreide, Mählprodukte und Vieh sind kontingentiert und unterliegen noch außerdem dem Ausfuhrzoll, beispielsweise besteht bezüglich des Weizenmehles ein Kontingent von 8000 Waggons mit einem Gewichtszoll von 40 Dinar pro 100 Kilogramm. Die Ausfuhr von Rindern ist auf 20.000 Stück und jene von Schweinen auf 25.000 Stück beschränkt. Die Viehenausfuhrzölle können, je nach der Wahl des Exporteurs, nach Stückzahl oder nach Gewicht entrichtet werden; der Stückzoll beträgt bei Rindern 1500 Dinar und bei Schweinen 400 Dinar, der Gewichtszoll in beiden Fällen 300 Dinar pro 100 Kilogramm. Die Zollzahlungen können in Dinar und Kronen erfolgen, wobei für das Umrechnungsverhältnis zwischen beiden Währungen durch amtliche, von zehn zu zehn Tagen neu erfolgende Kursfestsetzungen vorgesorgt wird. Derzeit ist das Wertverhältnis zwischen Dinar und Krone gleich 1:3.56.

— (Reiseerleichterungen im Verkehre mit Österreich-Ungarn) sind im Interesse des reisenden Publikums getroffen worden, u. zw. derart, daß die österreichische und die ungarische Gepäck- und Passrevision beider Staaten in der gleichen Station, nämlich bei Bruck a. d. L., stattfindet. Ähnliches könnten auch wir gut vertragen.

— (Zur Valutafrage.) Von der Enquete, die in der Valutafrage in Laibach stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, die sich in Punkt 2 dahin ausspricht, daß die einzig richtige Lösung der Austausch al pari mit der Krone ist. Doch sollten die Besitzer der alten Dinars geschützt werden, was aber auf eine viel bessere Art er-

folgen müsse, als dies der Plan des Ministers Belković vorsehe, wonach auch der Wert des Dinars im Verhältnis mit jenem der Krone fallen und die Besitzer des Dinars geschädigt würden. Der Dinar sollte allmählich durch den besseren Kurs eingetauscht werden. Die Valutafrage solle überhaupt nicht zu rasch bewerkstelligt und nicht mit Gewalt gegen den Willen der Massenmenge der Interessenten durchgeführt werden. Der Ausgleich solle noch für einige Zeit aufgeschoben werden, und dies umso mehr, als es dann leichter sein werde, eine gerechte Entscheidung zu treffen.

— (Die Kriegsgewinnsteuer.) Der Finanzminister hat dem Ministerium einen Entwurf über die Kriegsgewinnsteuer unterbreitet. Diesem Entwurfe gemäß soll die Differenz bei sämtlichen Unternehmungen zwischen den Geschäftseinnahmen vom Jahre 1911 und die Einnahmen in der Periode von 1914 bis 1918 und dem Jahre 1919 als Kriegsgewinn besteuert werden. Der Präsident der Eszger Handels- und Gewerbekammer Oskar Weismayer macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Devaluierung unserer Krone die Anwendung der in der Gesetzesvorlage vorgesehenen Steuergrundlage ganz unmöglich mache, da die vortrieglische Krone mit der heutigen Krone gar nicht verglichen werden könne. Denn das sind nicht mehr dieselben Geldeinheiten. Der Steuerzahler, der vor dem Kriege ein Einkommen von 25.000 K hatte, und jetzt 50.000 K hat, ist nicht in eine günstigere, sondern in eine schlechtere Lage geraten. Das vorkriegliche Einkommen von 25.000 K stellte die Kaufkraft für 1250 Mtz. Weizen dar, während das heutige Einkommen von 50.000 K die Kaufkraft für bloß 125 Mtz. darstellt. Es müsse also etwa ein Verhältnis wie 1:4 angenommen werden, so daß bei Bemessung des Kriegsgewinnes die Differenz derart zu berechnen wäre, daß von dem Einkommen während der Kriegsperiode das dreifache Einkommen vor dem Kriege abgezogen werden muß.

— (Die neuen Kronendinar-Banknoten.) Nach der Meldung der Belgrader „Pravda“ (3. Jänner) wird die Nationalbank die Kronen- und Dinarnoten „al pari“ gegen die neuen Kronendinar-Banknoten aus dem Verkehr ziehen. Mit der Ausgabe dieser neuen Banknoten wird sofort begonnen werden und sie wird in 15 bis 20 Jahren beendet werden. — Es fragt sich jetzt nur, ob das „al pari“ ein nur scheinbares oder ein wirkliches ist.

— (Ende des freien Lebensmittelhandels.) Aus Belgrad wird gemeldet: In einer der letzten Sitzungen des Ministerrates wurde die Ernährungsfrage und die Teuerung der Lebensmittel in Erörterung gezogen. Alle Ratsmitglieder stimmten damit überein, daß die Hauptschuld an den desolaten Zuständen den Spekulanten und Kettenhändlern zufalle. Um diesen Leuten das Handwerk zu legen, beschloß der Ministerrat, den freien Handel mit Lebensmitteln neuerdings aufzuheben. Der Ernährungsminister bekam zugleich die Vollmacht und Aufgabe, die Getreiderequisitionen durchzuführen. Diese wird jedoch nicht bei den Bauern, sondern lediglich bei Großgrundbesitzern, vor allem aber bei den zahlreichen, besonders jüdischen Wiederverkäufern vorgenommen werden, die zur Zeit der Ernte das Getreide aufgekauft und gewaltige Getreidevorräte aufgespeichert und dadurch in erster Linie den Mangel und die Teuerung hervorgerufen haben.

— (Der Kompensationsvertrag mit Deutschösterreich) wird nach den neuesten Entschlüssen unserer Regierung doch nicht gekündigt, sondern es werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen am Verträge Änderungen vorgenommen werden. Der alte Vertrag war auf die Parität der jugoslawischen und der deutschösterreichischen Krone aufgebaut. Darin tritt eine Änderung ein, indem Jugoslawien in seiner Valuta auf Grund der Notierungen zählt, die am zweitvorhergegangenen Tage an der Agramer Börse festgestellt wurden. Für Rohstoffe wurden jetzt fixe Kontingente bestimmt.

— (Ein neues Amt gegen den Kettenhandel) und die Preistreiberei ist für Slowenien errichtet worden. Es wird vom Polizeirat Herrn Kršovan in Laibach geleitet.

— (Vertagung der Nationalvertretung.) Durch einen Erlass der Regierung wurde die provisorische Nationalvertretung (Parlament in Belgrad) bis zum 15. Februar 1920 vertagt.

— (Der Handel mit Vieh.) nämlich mit Rindvieh, Schafen, Ziegen, Pferden und Schweinen, ist laut einer Verordnung der Landesregierung an eine Konzession geknüpft, welche in erster In-

stanz die politische Bezirksbehörde (Bezirkshauptmannschaft) erteilt. Alle Besitzer eines Gewerbescheines für den Viehhandel, der nach dem 1. Jänner 1916 herausgegeben worden war, mußten bis zum 8. Jänner 1920 neuerlich um die Erteilung dieser Konzession ansuchen, da sie sonst ihr gewerbliches Recht verlieren.

— (Zum Vertrage mit Österreich.) Nach dem neuen Vertrage, der mit Österreich geschlossen wurde, wird der Gebrauch des Bargeldes gänzlich ausgeschaltet werden. Der Handel wird auf Grundlage des Warenaustausches abgewickelt.

— (Die Tschechoslowakei als Zuckerstaat.) Der Präsident der tschechoslowakischen Zuckerkommission Nováček schreibt in den „Narodni Listy“, man schätze die Zuckerzeugung in der tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1920 auf 7 1/2 Millionen Meterzentner. Nováček ist jedoch der Ansicht, daß diese Produktion nicht größer sein wird als 5 1/2 bis 6 Millionen Meterzentner. Von allen europäischen Staaten hat einzig und allein die Tschechoslowakei einen Überschuß an Zucker. Dieser Überschuß ist aber nicht so groß, daß die Tschechoslowakei allen europäischen Staaten Zucker liefern könnte.

— (Briefpostverkehr mit Ungarn.) Die Taxe für Briefe nach Ungarn bis zu 20 Gramm ist 50 Heller, für Postkarten 30 Heller. Es werden auch rekommandierte Briefe angenommen. Die Briefe sind offen zu übergeben, da sie der Zensur unterliegen. Der Verkehr ist nur mit den unbefestigten Gebieten Ungarns eröffnet.

— (Am Mangel an Lokomotiven) leidet nicht nur unser Staat, sondern noch viel mehr Ungarn. Von den zur Verfügung stehenden 1490 Lokomotiven Ungarns sind nur 41 betriebsfähig. Ebenso herrscht im Personen- und Lastwagenpark großer Mangel.

— (Wie viel Banknoten wurden markiert?) Aus Belgrad wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß im ganzen Staate nicht mehr als 5 bis 6 Milliarden Kronen zur Markierung präsentiert wurden.

— (Ergebnis der Banknotenstempelung in Slowenien.) In Slowenien wurden im ganzen gegen 300 Millionen Kronennoten markiert, während bei der ersten Banknotenabstempelung noch Kronennoten im Gesamtwerte von 500 Millionen Kronen gezählt wurden.

— (Gegen den Ketten- und Schleichhandel.) Wie man vernimmt, ist das Ministerium des Innern in Belgrad entschlossen, mit allen Mitteln gegen den Ketten- und Schleichhandel aufzutreten. Um dies zu erreichen, wird eine Ministerialverordnung herausgegeben werden, nach welcher allen Personen, Beamten oder Privaten, die in Zukunft irgendeinen Fall von Ketten- oder Schleichhandel zur Anzeige bringen werden, die Hälfte jener Ware zuerkannt werden wird, die für den Kettenhandel bestimmt war, und überdies auch noch die Hälfte jenes Geldstrafbetrages, die der Ketten oder Schleichhändler zahlen muß.

— (Der Sitz der Aktiengesellschaft „Unterkrainer Bahnen“ ist von Laibach nach Wien verlegt worden.

Krieg. (Alle 14 Tage ein Verein.) Vor nicht viel mehr als 14 Tagen wurde, wie bereits berichtet, für die hiesigen Slowenen ein Verein gegründet. Es scheint aber bei der bloßen Gründung geblieben zu sein, denn als einige Zeit darauf sozialdemokratische Vereinsgründer kamen, sind nicht bloß die Slowenen, sondern auch der größte Teil unserer deutschen Bauern in deren Lager übergegangen. Im Hinterlande sind mit Ausnahme von Moravitz vorläufig sämtliche Gemeinden sozialdemokratisch organisiert. Diese Tatsache ist zwar sehr bedauerlich, aber auch ebenso erklärlich. Bedauerlich deshalb, weil die Bauern mit einigen sozialdemokratischen Schlagworten auf eine vollständig falsche Bahn geleitet wurden. Denn jeder, der sich auch nur halbwegs im politischen Leben auskennt, wird wissen, daß der Bauer eher von den Chinesen als von den Sozialdemokraten Hilfe erlangen wird. Sozialdemokratie und Bauernstand stehen bekanntlich einander nicht weniger feindlich gegenüber als Feuer und Wasser. Erklärlich ist diese Tatsache, weil die Bauern, wenigstens wie wir sie haben, mit wenigen Ausnahmen, sich in einer wenig beneidenswerten Lage befinden. Die Teuerung drückt sie nicht weniger, als irgend einen anderen Stand. Im besten Falle hat der Bauer bei uns jährlich

ein Stück Vieh zu verkaufen, vielleicht auch, wie heuer, ein halbfettes Schwein. Dieses letztere aber nur, um selbst mit dem Fettkübel durch das ganze Jahr auf dem Kriegsfuß zu stehen. Was soll er nun mit dem Gelde, das er einnimmt, anschaffen? Kleider? Bei einer mehrköpfigen Familie reicht es nicht. Wo bleiben die Schuhe, die landwirtschaftlichen Geräte, wo bleiben die Lebensmittel (Mehl), die bei uns doch die meisten Bauern, wenigstens zum Teil, auch kaufen müssen, besonders nach einem so ausgesprochenen Mißjahre, wie es das vergangene war? Viele Bauern verkaufen das wenige Holz, das sie besitzen. Wenn man so durch den Wald geht, sieht man, wie er sich lichtet. Aber Holz verkauft man bekanntlich nur einmal, dann ist es für mehr als ein Menschenalter vorüber. Besorgt um ihre Zukunft blickten die Bauern um sich, ob sich nicht jemand wieder ihrer erinnern würde, aber es war diesmal niemand. Da kamen die Sozialdemokraten und redeten etwas vom Besserwerden, von Gleichheit usw. und die Bauern schöpften neue Hoffnung, sie sahen bereits etwas wie von einem Paradiese, freilich war es nur eine Fata Morgana. Und so sind unsere Bauern sozialdemokratisch geworden, aber nicht aus eigener Schuld, sondern aus Schuld jener, die sich um sie nicht gekümmert haben. Hoffen wir, daß auch diese Irrung vorüber geht und daß auch dieser „Verein“ nicht viel länger dauert als — 14 Tage.

— (Volksbewegung im Jahre 1919.) In der Pfarre Rieg gab es im abgelaufenen Jahre 20 Trauungen, 16 Geburten und 32 Sterbefälle. Getraut wurden folgende Paare: Wilhelm Schneider und Maria Schmalz, Rieg; Franz Putre und Maria Handler, Hinterberg; Rudolf Rößel, Morobitz, und Gertrud Michitsch, Rotschen; Johann Gutter, Handlern, und Joh. Michelsch, Stalzen; Johann Zimmermann, Handlern, und Magdalena Weber, Bröße; Joh. Stine, Hinterberg, und Maria Erker, Rieg 26; Johann Gerbig, Rieg, und Josefa Schweiger, Oberwezenbach; Johann Erschen, Oberwezenbach, und Franziska Lesar, Rieg; Alois Wittine, Oberwezenbach, und Josefa Bartelme, Handlern; Franz Erker, Sienfeld, und Emilie Wolf, Hinterberg; Jakob Anaus, Hinterberg, und Josefa Rump, Unterbuchberg; Peter Nowak und Magdalena Wittreich, Hinterberg; Franz Schager, Inlauf, und Agnes Tschernkowitz, Hinterberg; Georg Buschin, Rotschen, und Maria Schneider, Handlern; Johann Ruhl, Mrauen, und Maria Krisk, Oberwezenbach; Josef Stampfl, Oberwezenbach, und Margaretha Michitsch, Rieg; Matthias Schweiger, Oberwezenbach, und Maria

Springer, Hinterberg; Anton Butina, Banjaloka, und Katharina Rassez, Mrauen; Alois Wiederwohl, Rieg, und Maria Primosch, Handlern; Josef Belai, Sienfeld, und Gertrud Maurowitsch, Hirsgruben.

Mösel. (Volksbewegung im Jahre 1919.) Den Mut zum Leben im Tale der Jähren bekamen 19 Kinder; von dieser Welt des Elends und der Not nahmen mit schwerem Herzen Abschied 16 Personen, groß und klein, alt und jung; um den Gang durchs bittere Leben sich zu erleichtern und zu versüßen, schlossen hoffnungsvollen Herzens Ehebindnisse 6 Paare. Gestorben sind im Jahre 1919: Im Jänner: am 14. in Niedermösel 8 Josef Verderber, 78 Jahre alt; am 23. in Reintal 21 Maria Jurkowitz, 44 Jahre alt; am 24. in Obermösel 18 Maria Frigel, 74 J.; am 28. in Reintal 36 Maria Lachner, 77 J.; im Februar: am 5. in Verderb 5 Josef Verderber, 79 J.; am 21. in Otterbach 29 Maria Lachner, 40 J.; am 23. in Otterbach 24 Katharina Gutter, 78 J.; im April: am 18. in Reintal 46 Matthias Wische, 72 J.; im Mai: am 28. in Obermösel 24 Olga Swetitsch, 19 J.; am 15. Juni in Verderb 7 Johann Lachner, 5 J.; am 17. September in Obermösel 8 Magdalena Rump, 67 J.; am 18. in Obermösel 74 Maria Kapsch, 79 J.; im Oktober: am 16. in Verderb 1 Aloisia Jonke, 14 J.; am 17. in Verderb 22 Magdalena Herbst, 76 J.; am 22. in Verderb 6 Josef Schmitsch, 5 J.; am 8. November in Otterbach 27 Johann Verderber, 83 Jahre alt. Geheiratet haben: Am 22. Jänner Josef Göstel von Durnbach 2 und Maria Rump von Niedermösel 3; am 5. Mai Josef Michitsch von Koflern 3 und Magdalena Weiß von Obermösel 38; am 19. Mai Johann Perz von Reintal 14 und Johanna Verderber von Verderb 5; am 15. Juni Franz Ruppe von Unterpockstein 1 und Maria Jonke von Oberpockstein 4; am 10. August Johann Stok von Unterfliegendorf 6 und Maria Stupar von Schöpfendorf (Seisenberg); am 20. Oktober Max Jallitsch von Reintal 19 und Maria Tramposch von Reintal 30.

Göstenitz. (Versammlung.) Am 3. d. M. fand hier im Gasthause des Johann P. eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt, wobei zwei Redner aus Sienfeld auftraten. Vor allem bemerkte ein Redner, daß die Religion von der Partei als Privatsache betrachtet und niemand daran gehindert werden solle. Zweck der Organisation sei, zu verhindern, daß künftighin Gewehre, Munition usw. erzeugt würden, ferner auch, daß durch gemeinsames Zusammenwirken, eventuell auch Studierenden eine Unterstützung

gewährt werden könne, sowie Verbilligung der Lebensmittel u. a. Manche Ziele und Bestrebungen der Partei mögen nun wohl löblich sein, zu bezweifeln jedoch ist, ob die Partei es werde verhindern können, daß künftighin Kriege sein werden. In seiner religiösen Ueberzeugung solle niemand behindert oder davon abgebracht werden, meinte ein Redner. Es sollten dann aber auch alle Anhänger der Partei darnach handeln. Das Gegenteil davon tat jedoch im Vorjahre das Hauptorgan der slowenischen sozialdemokratischen Partei durch jene Gotteslästerung, wodurch alle gläubigen Christen auf das tiefste empört werden mußten. Bei der Versammlung waren leider auch Schulkinder anwesend, was nicht zu verwundern ist, nachdem auch Herr Lehrer P. sich als warmer Anhänger der Partei bekannte, der schon viele Jahre Mitglied der Partei gewesen. Freiheit gebührt jedermann, aber daß für Schulkinder bei solchen Anlässen doch nicht der rechte Platz ist, das sollte einem schon der gesunde Menschenverstand sagen. Auch das, daß Bauern nicht für die Sozialdemokratie Streikgelder sammeln sollten.

Verantwortlicher Schriftleiter E. Erker. — Herausgeber und Verleger Josef Spivak.
Buchdruckerei Josef Basilek in Gottschee.

Verein der Deutschen aus Gottschee in Wien.

Sitz: I., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft jeden Sonntag im Vereinsheim Paul Peters Gastwirtschaft, 1., Babenbergerstraße Nr. 5 a.

Zu kaufen gesucht

schöne, gesunde Buchen- und Eichenholzstämme, waggonweise. Offerte mit Preisangabe per Festmeter erwünscht unter Chiffer 10 an die Verwaltung der „Gottscheer Zeitung“.

Zu verkaufen

ein prächtiges Grammophon

und 50 Platten: Andreas Grovat, Mitterdorf 19.

Ein Ochs

22 Monate alt, ist sofort zu verkaufen in Oberrn 12.



Tieferschüttert geben Viktor und Richard Loser im eigenen sowie im Namen aller Verwandten allen Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht von dem Hinscheiden ihrer innigstgeliebten, unvergeßlichen Tante, der Frau

Magdalena Kreiner geb. Stampfl

welche am 7. Jänner nach kurzem Leiden sanft im Herrn entschlafen ist.

Die sterbliche Hülle der teuren Verbliebenen wird Freitag den 9. Jänner um 3 Uhr nachmittags nach feierlicher Einsegnung auf dem hiesigen Friedhofe im Familiengrabe zur letzten Ruhe beigesetzt werden.

Die heilige Seelenmesse wird Samstag den 10. Jänner um 8 Uhr früh in der Stadtpfarrkirche gelesen werden.

Gottschee, am 8. Jänner 1920.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtszlokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmärkten von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732.27.
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.
Zinsfuß für Hypotheken 4 1/2 %.